

paperpress

.....Newsletter.....

Impressum: paperpress Jugend- und kommunalpolitischer Pressedienst Berlin. Gegründet am 7.4.1976. Gründer und Herausgeber: Ed Koch (verantwortlich für den Inhalt). Redaktion: Chris Landmann (Chefredakteur), Fotoredaktion: Lothar Duclos. Träger / Verlag / Vertrieb / Druck: Paper Press Verein für gemeinnützige Pressearbeit in Berlin e.V., vertreten durch den Vorstand Ed Koch und Chris Landmann. Postanschrift: Paper Press, Postfach 42 40 03, 12082 Berlin. Web: www.paperpress.org / Telefon: (030) 705 40 14 Fax: 705 25 11 – Leserzuschriften, Be- und Abbestellung des Newsletters: E-Mail: post@paperprsss.org – Nachdruck honorarfrei mit Quellenangabe. Auflage Printausgabe: 2.000 Exemplare. Der Newsletter wird kostenlos zugestellt. Alle Newslettertexte auch auf www.paperpress.org.

Nr. 481 G

5. Mai 2012

37. Jahrgang

SPD-Mitglieder werden für dumm verkauft

Die Beteuerungen von **Jan Stöß**, er habe so lange für die Entscheidung über seine Kandidatur gebraucht, weil er sich diese nicht leicht gemacht habe, geraten ins Wanken. Vielmehr sieht es so aus, als wurde nur deshalb so lange gewartet, um einen zeitlich ordnungsgemäßen Verlauf eines Mitgliederbegehrens zur Herbeiführung einer Mitgliederbefragung unmöglich zu machen. Es kann doch nicht ernsthaft davon ausgegangen werden, dass die Verfahrensrichtlinien der Bundes-SPD, die für alle Parteigliederungen gelten, und die der Parteivorstand am 26. März 2012 beschlossen hat, niemand in der Berliner SPD kennt.

DER TAGESSPIEGEL zitiert den Reinickendorfer SPD-Vorsitzenden **Jörg Stroedter** wie folgt: „Es ist inakzeptabel, dass **Michael Müller** erst für eine Mitgliederbefragung ist, seitdem er Bedenken hat, keine Mehrheiten auf einem Parteitag zu bekommen.“ Das ist Verleumdung pur. Als erster hatte der Landeskassierer **Harald Christ** bereits Anfang März eine Mitgliederbefragung in der BILD-Zeitung ins Spiel gebracht. Müller hatte Christs Vorschlag lediglich aufgegriffen und erklärt, dass er sich auch einer Mitgliederbefragung stellen werde. Und nachdem sich jetzt zwei Abteilungen – ausgerechnet aus **Raed Salehs** Kreisverband Spandau – für ein Mitgliederbegehren ausgesprochen haben, würde **Michael Müller** als amtierender Landesvorsitzender die Statuten der Partei verletzen, wenn er die Initiative der Spandauer unbeachtet ließe.

Stroedter sei, so DER TAGESSPIEGEL „generell für Mitgliederbefragungen bei inhaltlichen Fragen. Bei Personalfragen jedoch halte er dieses Basisinstrument für schwierig.“ Wovon Herr Stroedter etwas hält, ist völlig unerheblich, denn die Verfahrensrichtlinien zur Durchführung von Mitgliederbegehren, -entscheiden und -befragungen machen keinen Unterschied zwischen so genannten inhaltlichen und personellen Fragen. Ganz eindeutig gelten diese Richtlinien auch „für ein Mitgliederbegehren zur Durchsetzung einer Mitgliederbefragung im Vorfeld von parteiinternen Vorstandswahlen“. Und genau darum geht es im vorliegenden Fall.

Dem TAGESSPIEGEL zufolge ist auch der Pankower SPD-Chef **Alexander Götz** gegen eine Mitgliederbefragung „zum gegenwärtigen Zeitpunkt, weil sie offenbar nur aus Aktualität heraus motiviert ist“. Aus welchem anderen Grunde als dem eines aktuellen Anlasses heraus, sollte man überhaupt eine Mitgliederbefragung durchführen wollen? Was reden die Kreisfürsten der SPD aus Reinickendorf und Pankow für einen Unsinn? Dass der Machtkampf in der SPD immer

schmutzigere Züge annimmt, konnte man heute in Reinickendorf erleben. Dort hatte man weder Müller noch Stöß eingeladen. Stöß erschien dennoch und Stroedter ließ dann nur über Stöß abstimmen. Vor allem aber versuchen die Müller-Gegner Müller und der Partei einzureden, er hätte auf einem Parteitag keine Mehrheit. Das ist reine Spekulation. Im Gegensatz zu Stöß ist Müller bereit, sich sowohl einer Mitgliederbefragung als auch der Wahl auf dem Landesparteitag am 9. Juni zu stellen. Weder ist der Ausgang einer Mitgliederbefragung, noch der der Wahl auf dem Landesparteitag schon jetzt entschieden. Die Taktik der Müller-Gegner ist durchschaubar, sie wollen ihn müde machen und zum Rückzug seiner Kandidatur veranlassen.

Inzwischen muss man sich aber fragen, ob in Kürze die Gerichte mit dem Vorgang beschäftigt werden, denn „das von den Spandauern angeregte Mitgliederbegehren muss innerhalb von drei Monaten von zehn Prozent aller 16.000 Berliner Sozialdemokraten unterstützt werden. Entweder schließt sich der Parteivorstand dem Votum an, oder er kann von der Basis gezwungen werden, eine Befragung über den Landesvorsitzenden durchzuführen. Das Ergebnis der Mitgliederbefragung ist zwar nicht verbindlich. Die Kandidaten aber müssen eine Erklärung abgeben, dass sie sich im Fall einer Niederlage bei einer späteren Wahlversammlung nicht mehr zur Wahl stellen“, wird die Sprecherin der SPD, **Josephine Steffen**, im TAGESSPIEGEL zitiert. Wie soll das zeitlich funktionieren? Kann, ist erst einmal ein Landesvorsitzender gewählt, diese Wahl später durch den Ablauf des Mitgliederbegehrens angefochten werden? Es besteht dringender Klärungsbedarf in dieser Frage.

Ed Koch